



Reinhard Thies, Dr. Petra Potz, Monika Neumeier

## Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt



**Mobilisierung und Beteiligung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke sind unabdingbare Voraussetzung für integrierte Entwicklungskonzepte in der Sozialen Stadt. Sozialraumorientierung sowie die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure müssen gefördert und gestärkt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. untersucht in einem Modellprojekt der Bundesinitiative Nationale Stadtentwicklungspolitik die Notwendigkeit und die Rahmenbedingungen einer Engagementförderung – insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.**

**Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Fragen eines gesellschaftlichen Strukturwandels – wie er mit der Pluralisierung von Lebensstilen, mit Zuwanderung, Bildungsreform und generationengerechtem Leben und Wohnen einhergeht – sind bürgerschaftliche Zugänge für das Verständnis und Handeln im öffentlichen Gemeinwesen unerlässlich.**

Der Aufbau von lokalen Netzwerken, die öffentliche und private, wirtschaftlich wie zivilgesellschaftlich agierende Personen und Einrichtungen zu einer aktiven Zusammenarbeit bringen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in der integrierten Stadtentwicklung. Insbesondere das bürgerschaftliche Engagement wird zunehmend als Ressource und unabdingbare Voraussetzung für die Stadt- und Stadtteilentwicklung erkannt. Bei dem Umgang mit dieser Ressource in Stadtentwicklungsprozessen stellen sich jedoch unterschiedliche fachliche Zugänge heraus, die miteinander stärker kommunizieren müssen.

### Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung: die Position der BAG

Im Bereich des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zeichnet sich zunehmend ab, dass integrierte Entwicklungskonzepte und das Quartiersmanagement ohne Mobilisierung und Beteiligung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke nicht auskommen. Dies sollte bei der Weiterentwicklung der Handlungsfelder der Sozialen Stadt (vgl. BMVBS 2008) noch stärker zum Ausdruck kommen. Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip ist nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. der zentrale Baustein eines integrierten Entwicklungskonzeptes und daher müssen die Aspekte der Sozialraumorientierung, die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure herausgestellt und gefördert werden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. besteht seit 2002 als bun-

desweites Netzwerk aus Landesarbeitsgemeinschaften sowie anderen überregionalen Organisationen und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in einer sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Die BAG sieht „Soziale Stadt“ als neuen umfassenden Politikansatz für integrierte Handlungskonzepte und bringt langjährige Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und -aktivierung in Gemeinwesenprojekten ein.

Die Nachhaltigkeit und Verstetigung der Sozialen Stadt über die aktuellen Förderkulissen hinaus in Regelstrukturen einzubeziehen und weiterzuentwickeln wird von der BAG als zentrale Aufgabe gesehen. Dabei gelten als Schlüsselakteure für die Verstetigung diejenigen, „die vor der Phase des Förderprogramms den Stadtteil gestaltet haben und die es nach der Phase der Sonderförderung weiter tun werden“ – Bürger, soziale Einrichtungen, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungen und die Politik. Um die



Abb.1: „Netz-Werk“: Bewohner wehren sich gegen Einschnitte in das soziale Netz. (Foto: LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.)



Sozialraumorientierung im Handeln aller relevanten Akteure zu entwickeln und zu stärken, ist die Phase der Sonderförderung als Chance zu begreifen, gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung zu bieten. Zentrale Nachhaltigkeitsgarantien sind dabei zu entwickeln (vgl. BAG 2007):

- Stabile lokale Entwicklungspartnerschaften
- Kontinuierliche Ressourcenbündelung
- Verlässliches „Kooperatives Quartiersmanagement“

Die Notwendigkeit, gemeinwesenorientierte soziale Ansätze stärker in den Stadtentwicklungsbereich zu integrieren, wird auch in den Evaluationen der Sozialen Stadt deutlich: „Offizielle ‚Tandemmodelle‘, bei denen der Bereich Planen/Bauen/Stadtentwicklung beispielsweise mit dem Bereich Soziales kooperiert, sind noch die Ausnahme. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Verwaltungsorganisation, die eine eindeutige Federführung erfordert. Informell wird aber – so ein Ergebnis der Gesprächsrunden – wesentlich mehr und intensiver kooperiert, als es die Ergebnisse der Befragung nahelegen.“ (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2006, 11)

Der häufig zu beobachtenden Überforderung der mit Quartiersmanagement beauftragten Akteure kann durch den Einsatz eines Tandemmodells entgegengewirkt werden. Für die Aktivitäten vor Ort ist ein besonders qualifiziertes Team von Stadtteilentwicklern einzusetzen, das unterschiedliche Aufgaben und Funktionen für den Stadtteil wahrnimmt. Im Stadtteilbüro werden dabei gleichgewichtig die Kompetenzen des Gemeinwesenarbeitsbeauftragten (Aktivierung und Organisation von Bewohnergruppen, Vernetzung im Stadtteil) und des Planungsbeauftragten (Darstellung von Projekten, Entwicklung von Planungsalternativen) zusammengeführt (vgl. Abb. 2). Befinden sich die unterschiedlichen Kompetenzen nicht in einer Trägerschaft, so sind die Rollen und Aufgaben der jeweiligen Akteure genau festzulegen (vgl. Thies 2005a, b).

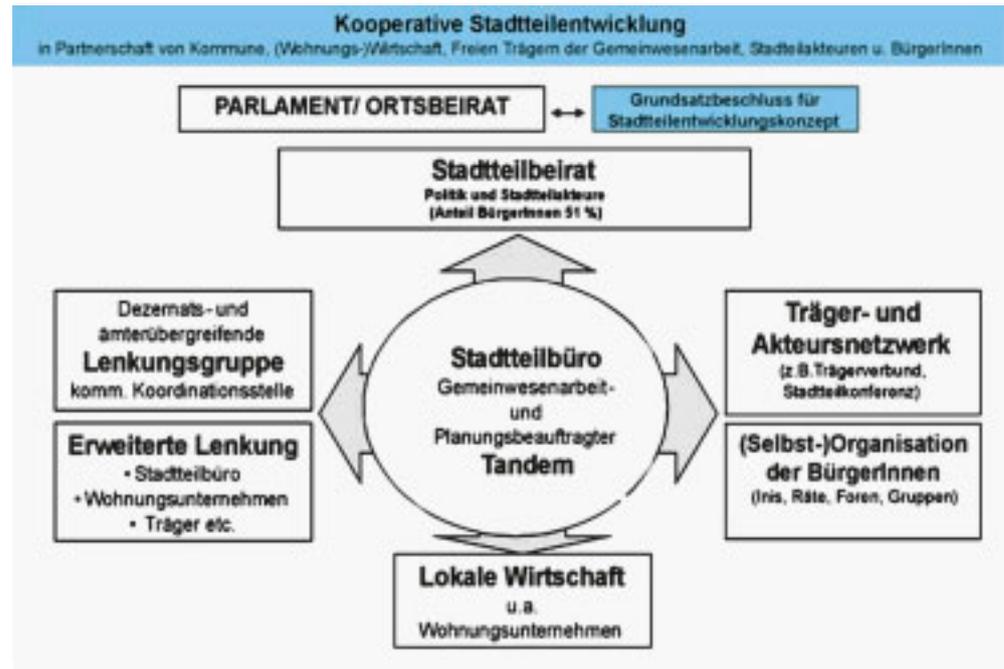


Abb. 2: Tandemkonzept als struktureller Rahmen in Programmgebieten (Thies 2005b, 96)

## Das Modellprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Aufbauend auf den Vorüberlegungen führt die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. im Rahmen der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ein Modellprojekt zur „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“<sup>1</sup> durch.

„Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten ‚wieder finden‘. ... Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik bilden einen Rahmen, der durch private Akteure ausgefüllt werden muss“ (www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de). Dieser programmatische Anspruch der Bundesinitiative im Handlungsschwerpunkt „Bürger für ihre Stadt aktivieren“ wird im Modellprojekt aufgegriffen und weiterentwickelt.

Die Netzwerkarbeit vor Ort und mit den Multiplikatoren in den Landesnetzwerken wird in Regionalkonferenzen gebündelt, weiterqualifiziert und kommuniziert. Das bestehende Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure in unterschiedlichen Handlungsfeldern wird dokumentiert und aufbereitet, so dass sich seine Bedeutung den verschiedenen Ebenen (Quartier, Stadt, Land, Bund) vermittelt. In guten Projektbeispielen der Sozialen Stadt aus allen Bundesländern werden Arbeits- und Entscheidungsstrukturen, Organisationsformen sowie die Bandbreite von Themen und Akteurskonstellationen veranschaulicht.

<sup>1</sup> Der Titel des Modellprojekts: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren. Das Vorhaben wird von Februar 2008 bis September 2009 durch die BAG im Rahmen der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ durchgeführt. Projektpartner sind: das Diakonische Werk der EKD e.V. mit seinem Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA) in Berlin, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., das Diakonische Werk Worms-Alzey (Einrichtung des DW in Hessen und Nassau e.V.), die Kindervereinigung e.V. Gera und die Johann Daniel Lawaetz-Stiftung in Hamburg.



Daneben wird in einem für das Modellprojekt konstituierten Projektbeirat aus Wissenschaft, Politik und Beratung der inhaltliche Diskurs gewährleistet und der Projektfortschritt kritisch begleitet. Die Diskussion in den Regionalkonferenzen und Dokumentation der Beispiele aus den Landesnetzwerken sowie die wissenschaftliche Begleitung durch Inputs in den Fachforen bauen aufeinander auf und werden miteinander verknüpft.

### Qualitätsstandards für zivilgesellschaftliches Engagement in der Sozialen Stadt – erste Befunde

In den Regionalkonferenzen haben die Akteure des Quartiersmanagements in den Programmgebieten Bedarfe und Anforderungen formuliert. Erste ausgewählte Befunde legen eine stärkere Auseinandersetzung mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Gruppen am „Rande der Gesellschaft“ und in Soziale-Stadt-Programmgebieten nahe. Die Bereitschaft zum Engagement im lokalen Kontext ist in vielfältigen Erscheinungsformen auch vorhanden, entfaltet jedoch oft wenig Aufmerksamkeit nach innen und außen.

Bürgerschaftliche Organisationen, Verbände, Kirchen, Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteure sind in benachteiligten Gemeinwesen zu wenig präsent. Für Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement fehlen konkrete Anlässe, strukturelle Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Es fehlt an der grundlegenden Bereitschaft zur „Ermutigung“ zum *Empowerment* und zur Machtdelegation. Die Engagementförderung in der Sozialen Stadt zeigt deutliche Erfolge, bleibt aber oft beschränkt auf befristete Förderzeiträume, auf einzelne Projekte und auf Mitwirkung ohne Mitbestimmung.

### Bedarf

- Initiativen von Bürgern und Aktionen zur Selbsthilfe im direkten Lebensumfeld/Sozialraum/Stadtteil müssen von Politik, Verwaltung und freien Trägern wahrgenommen und professionell unterstützt werden.
- Partizipation auf den jeweiligen Ebenen und von den jeweiligen Instanzen muss auch gewollt sein. Partizipationsmöglichkeiten müssen entsprechend erst geschaffen werden. Der Aufbau von Unterstützungssystemen und von *Empowerment* ist notwendig.
- Die „Eigensinnigkeit“ lokaler Gemeinschaften muss dabei Berücksichtigung finden.
- Es braucht mehr Bereitschaft zum (öffentlichen) Diskurs vor Ort auch zu strittigen Themen mit einer Streitkultur und Konsensbereitschaft.
- Engagement braucht „starke zivilgesellschaftliche Partner“. Passende Engagementmöglichkeiten bieten vor allem

lokal verankerte Einrichtungen (Kirchengemeinden, Kitas als Familienzentren etc.), wenn sie sich den umliegenden Milieus öffnen, bzw. niedrigschwellig angelegte integrierte Stadtteilzentren.

- Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen müssen diese mit Chancen zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und der Bewältigung von Alltagsproblemen verbinden (z.B. Kindererziehung, Bildung, Beschäftigung und Jobperspektiven). Dies umfasst sowohl Anlaufstellen wie z.B. Gemeinwesenzentren und -büros als auch die Möglichkeit, auf finanzielle Ressourcen schnell und unkompliziert zurückgreifen zu können.
- Lokale Bündnisse von Gemeinweseninitiativen und Bürgergruppen in der Kommunalpolitik sowie überregionale Erfahrungsaustausche der aktiven Bewohnergruppen mit politischer Bildung zur Qualifizierung mit Mentorenfunktionen über die Stadtteilarbeit hinaus sind zu stärken.
- Die Soziale-Stadt-Strategie muss verstetigt, weiterentwickelt und mit weiteren Förderansätzen im Stadtteil und der Gesamtstadt verknüpft werden. Soziale Stadt soll für andere Stadtentwicklungsprogramme als Modell zum integrierten Handeln genutzt werden.
- Der Soziale-Stadt-Ansatz muss von Bund und Ländern langfristig finanziert werden und mit deutlichen Leitlinien und Leitbildern für zivilgesellschaftliches Engagement („goldene Zügel“) so ausgestattet werden, dass alle Bedarfskomponenten profitieren können.

### Handlungserfordernisse und Instrumente

Auf lokaler, Landes- und Bundesebene sind sektor- und bereichsübergreifende Partnerschaften und Bündnisse von Akteuren zu pflegen, die die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und das Engagement benachteiligter Gruppen verbessern wollen und ihre Interessen auf Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern artikulieren können. Dazu gehören z.B. die Verankerung von Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung oder die Mitbestimmung in Organen der (Wohnungs-)Wirtschaft. Es geht aber auch um das verstärkte Engagement von Trägern der Wohlfahrtspflege und Kirchen.

Die Unterstützung von Landesnetzwerken und Trägerverbänden durch Länder und Verbände, wie beispielsweise die Qualifizierung und Konsolidierung der Landesnetzwerke innerhalb der BAG, stellt sich als zentrales Element für den strategischen Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement heraus. Durch eine fachliche Begleitung und die Schaffung von Anlässen wird ein regelmäßiger Austausch gestärkt. Nur mit einer kontinuierlichen Vernetzung zwischen allen räumlichen Ebenen und einer ressortübergreifenden strategischen Vorgehensweise kann gewährleistet werden, dass die lokalen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort gebündelt und in die



Überlegungen zu einer programmatischen Weiterentwicklung transportiert werden.

Zivilgesellschaftliche Beiträge des Dritten Sektors (Vereine, Assoziationen und Träger), die auf die Eigenständigkeit, Vielfalt, Vernetzung und Einbindung randständiger Gruppen eingehen, sind zu stärken. Die Frage der Beteiligung der schlecht zu Aktivierenden, jenseits der Mittelschicht, die mit niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden müssen, ist eine Hauptproblematik. Die Vermutung liegt nahe, dass es viele Kontakte, Netzwerke und „blinde Flecken“ gibt, die gar nicht erfasst werden, aber von zentraler Bedeutung für die soziale Integration sind. Die Beteiligung von Gruppen, die schwer zu aktivieren sind und sich nur selten in formalisierten Zusammenhängen beteiligen (z.B. jüngere Menschen, bildungsferne Gruppen, ethnische Minderheiten), benötigt differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Maßnahmen.

Kommunikation, Dialog und die Schaffung von Öffentlichkeit sind wichtige Elemente der integrierten Stadtteilentwicklung: Die Schaffung von Räumen und Orten für öffentliche Debatte und Dialog und damit die Stärkung von demokratischer Öffentlichkeit führt zu mehr Aufmerksamkeit der Akteure für einander und zu einer fairen/„zivilen“ Auseinandersetzung auf Augenhöhe.

Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip muss profiliert werden. Träger müssen die Präsenz im Gemeinwesen vor Ort verstärken: durch die Einrichtung von Transfer-Servicestellen für Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, die Förderung von Gruppen- bzw. Vereinsaktivitäten in den Programmgebieten, die Nutzung von bestehenden Gemeinwesenzentren und (halböffentlichen) Räumen und damit die Herstellung von Öffentlichkeit. Weiter reichende Überlegungen setzen bei der Qualifizierung und Professionalisierung von Gemeinwesenarbeit an Schulen und Hochschulen an und bei der Empfehlung zum Aufbau einer „Schule zur Zivilgesellschaft“ auf lokaler, Landes- und Bundesebene. Strategisch-politisch wichtig ist die Bildung von interministeriellen Kommissionen unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft auf Bundes- und Länderebene.

Gerade die von Förderkulissen *unabhängige* Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke muss als zentrales Moment strategischer Allianzen rechtzeitig herausgearbeitet, „mitgedacht“ und begriffen werden. Als Instrument dazu dient ein fachpolitisches Memorandum, das sowohl die Ergebnisse der Regionalkonferenzen als auch die fachlich-strategischen Überlegungen des Projektbeirats aufnimmt und zu Handlungsempfehlungen weiterentwickelt. Damit bildet es eine Brücke zwischen theoretisch-wissenschaftlichem Diskurs zur Stadtentwicklungspolitik und praxisorientierter Gemeinwesenarbeit vor Ort. Im September 2009 wurde das Memorandum in der Abschlusskonferenz des Modellprojekts in Berlin präsentiert und somit eine überregionale Ausstrahlung in den Fachdiskurs erreicht.

Reinhard Thies, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover; Diakonisches Werk der EKD, Berlin

Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle für das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“, Inhaberin des Stadtplanungsbüros location<sup>3</sup>, Berlin

Monika Neumeier, BAG-Transferstelle für das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“, Geschäftsführerin der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft, Gießen

### Quellen:

BAG, Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (2007): Empfehlungen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Sozialen Stadt. Dokumentation der BAG-Fachtagung „Zukunft der Sozialen Stadt – Modelle der Verstärkung sozialer Stadtteilentwicklung“, 15.-16.03.2007 in Berlin-Neukölln. In: [www.bagsozialestadtentwicklung.de](http://www.bagsozialestadtentwicklung.de), Rubrik: Downloads.

BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008): Statusbericht zum Programm Soziale Stadt. Kurzfassung. Berlin.

Bundestransferstelle Soziale Stadt (2006): Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“. Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt 12. Berlin.

Reinhard Thies, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (2005a): Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“ (BT-Drucksache 15/4660) am 13.04.2005, Frankfurt/Main.

Reinhard Thies (2005b): Zur Zusammenarbeit von sozialer Arbeit und Stadtplanung aus Sicht der sozialen Arbeit. In: Gerd Hamacher, Herbert Schubert, Antje Eickhoff, Sandra Nüß (Hg.): sozial | raum | stadt. Perspektiven bei der Planung des sozialen Raumes Stadt. Dokumentation der Fachtagung an der FH Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial Raum Management, 4.-5.11.2004, Köln, S. 75-102.

## Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH  
Neefestraße 2a, 53115 Bonn  
Telefon: 0228/72599-30  
Telefax: 0228/72599-19  
E-Mail: [verlag@vhw-online.de](mailto:verlag@vhw-online.de)

